

# Mangelnder Informationsfluss sorgte für Fehler in Briger Stadtverwaltung

Ein Audit kommt zum Schluss: Der Stadtrat von Brig-Glis soll seinen Informationsfluss verbessern. Konkret soll die Verwaltung bei Vorbereitung und Entscheidungsfindung miteinbezogen werden.

Mauro Pfammatter und Thomas Jossen

Zur Halbzeit der ersten Legislaturperiode hat der Briger Stadtpräsident Mathias Bellwald (FDP) dieser Zeitung ein Interview gegeben. Das war zu Beginn des letzten Jahres. Darin ging es um ein Audit, das im Briger Schloss für Unsicherheit sorgte: Kurz nach Bellwalds Amtsantritt kamen in der Stadtverwaltung Missstände ans Licht – in zwei Fällen hat das Inkasso nicht funktioniert.

Konkret sind vertraglich vereinbarte Leistungen durch die Stadtverwaltung nicht fakturiert worden – Beträge blieben jahrelang unbeglichen. Wie hoch die Beträge waren oder wer die Rechnung erst Jahre später erhalten hatte, liess Bellwald offen. In der Zwischenzeit seien die Beträge bezahlt worden. Wie Bellwald im vergangenen Jahr sagte, sollen bei den beiden Fällen zahlreiche personelle Veränderungen und eine fehlende Digitalisierung eine Rolle gespielt haben.

Damit solche Situationen künftig nicht mehr entstehen können, gab die Stadtgemeinde ein externes Audit in Auftrag – eine Untersuchung, welche die Prozesse innerhalb der Verwaltung durchleuchten und Optimierungsvorschläge vorschlagen sollte.

Die unabhängige Prüfung wurde von einem ausserkantonalen Unternehmen durchgeführt. Mit dem Verweis auf das Öffentlichkeitsgesetz hat der «Walliser Bote» den ausführlichen Bericht des unabhängigen Prüfers nach monatelangem Hin



Die Stadtgemeinde Brig-Glis musste in Sachen Informationsfluss über die Bücher. Symbolbild: Keystone

und Her von der Stadtgemeinde erhalten; das Audit liegt jetzt vor.

Zwar ist nach wie vor nicht bekannt, welchem Akteur die Rechnungen jahrelang nicht ausgestellt wurden – die entsprechenden Stellen im Bericht sind geschwärzt. Welche Umstände jedoch zu den Missständen geführt haben, ist jetzt ersichtlich.

## Schwachstellen in der Verwaltung festgestellt

Der unabhängige Prüfer stellte fest, dass das Vertragsmanagement und das Inkasso innerhalb der Verwaltung dezentral und teils personenabhängig organisiert waren. Dies sei teilweise sinnvoll, da spezifisches Fach-

wissen nötig sei. Zudem bestand kein zentrales Controlling. Das interne Kontrollsystem hingegen erhielt gute Noten.

Beim Informationsfluss und dem Vertragsmanagement stellte der Prüfer Schwachstellen fest, wie dem Bericht zu entnehmen ist. Die notwendigen Informationen zur Fakturierung sind bei den zwei genannten Fällen nicht oder nicht rechtzeitig an die verantwortlichen Stellen gelangt.

Da die Stadtgemeinde verschiedene Aufgaben an externe Leistungserbringer übertragen hat, nehmen Mitglieder des Stadtrates sowie Vertreter der Verwaltung Einsitz in die strategischen Führungsgremien dieser

Organisationen. Der Bericht hält fest, dass bis anhin die politische Steuerung und Kontrolle über diese externen Leistungsträger nicht spezifisch geregelt waren. Weiter bestanden bisher seitens des Stadtrates keine Eignerstrategien bezüglich relevanter Beteiligungen. Der Prüfer konstatiert, dass ohne diese Regelungen das Risiko besteht, dass das öffentliche Interesse nicht angemessen vertreten wird.

Es kam zu Fällen, in denen sowohl Stadtrat als auch Verwaltung keine Kenntnis über wichtige Vorkommnisse hatten – so etwa beim Ausbau innerhalb des Abwasserverbands, der die Stadt Millionen kosten wird: We-

der Rat noch Verwaltung wussten davon. Obschon mit Franz-Josef Amherd ein damaliger Stadtrat im Ausschuss der Ara Briglina sass.

Im Audit wurden Empfehlungen abgegeben, um die Prozesse innerhalb der Verwaltung zu verbessern. Zu diesen empfohlenen Massnahmen gehört etwa, bei strategischen und finanzrelevanten Themen vorgängig die Meinung der Stadtgemeinde beim Stadtrat abzuholen und im Nachgang den Rat über die getroffenen Entscheide zu informieren.

Zudem soll mit einem Vertragspartner, dessen Name wiederum geschwärzt wurde, eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet werden. Langfristig soll die Stadt für alle wesentlichen Beteiligungen Eignerstrategien erlassen; dies ist auf die nächste Legislaturperiode terminiert. Die betroffenen Beteiligungen sind wiederum geschwärzt. An diesen Massnahmen arbeite man nun, schreibt die Brig-GLiser Stadtschreiberin Isabelle Hanselmann auf Anfrage: «Da mehrere Akteure involviert sind, werden diese Massnahmen laufend und zielgerichtet umgesetzt.» Bei den Eignerstrategien sei man «auf Kurs».

## Audit kostete die Stadt fast 20'000 Franken

Im Bereich des Vertragsmanagements schlägt der Bericht verschiedene Massnahmen zur Zentralisierung und Digitalisierung vor. Die Verantwortlichkeiten müssen hier klar definiert werden. Für die Vertragsverwaltung wurde im Sommer

2023 eine Schulung durchgeführt. Die Massnahmen würden bereits fruchten, wie die Stadtverwaltung mitteilt; so würden diese einen nahtlosen Austausch unter den Fachstellen ermöglichen.

Um die Schwachstellen im Informationsfluss zu korrigieren, empfiehlt der Bericht, die Verwaltung bei Vorbereitung und Entscheidungsfindung einzubeziehen. So kann gewährleistet werden, dass relevante Informationen die verantwortlichen Stellen erreichen. Zudem hat der Abteilungsleiter nach der Ratsitzung die fachverantwortlichen Mitarbeiter zu informieren. Hanselmann schreibt: «Die Vakanzen auf Stufe Abteilungsleiter konnten mittlerweile alle wieder besetzt werden.» Dass in einer Transitionsphase der Kommunikationsfluss bisweilen etwas beeinträchtigt werde, sei jedoch nichts Neues.

Gemäss Stadtgemeinde beliefen sich die Kosten des Audits auf weniger als 20'000 Franken. Betreffend die Kosten der Massnahmenumsetzung kann Hanselmann keine Zahlen nennen: «Es geht dabei um «Good Governance» und Compliance-Abläufe, die sich nicht ohne Weiteres in eine Kostenmetrik giessen lassen.» Langfristig würden sich die Effektivitäts- und Effizienzsteigerung durch die Massnahmen jedoch positiv auf der Kostenseite auswirken.

Das Audit durchgeführt hat die Firma T+R AG aus Gümliigen. In einer ersten Fassung des Berichts wurde auch der Name dieses Unternehmens auf dessen Wunsch hingeschwärzt. Der Grund dafür ist nicht bekannt.

## «Fehlendes Staatsverständnis» – Staatsrat Schmidt in der Kritik

Der schwarze Aron Pfammatter wundert sich über Aussagen des gelben Staatsrats. Die Gründe.

Raniero Clausen

Der dritte Tag der laufenden März-Session am vergangenen Mittwochmorgen war noch keine Stunde alt – und schon wunderten sich die Grossräte ein erstes Mal. Auslöser war neo-Staatsrat Roberto Schmidt. Was war geschehen?

Behandelt wurde ein Postulat der Mitte Oberwallis, unterzeichnet von Mischa Imboden, Aron Pfammatter und Olivier Imboden. Die Postulanten verlangten vom Staatsrat eine Effizienzprüfung und -verbesserung in allen Departementen des Kantons. Ein immer wiederkehrendes Thema.

Der Staatsrat empfahl das Postulat zur Annahme. Mit einer Ausnahme: Die Berichte über die Effizienzprüfung in den Departementen müsse nicht dem Grossen Rat vorgelegt werden. Schon vorneweg: Mit 95 gegen 31 Stimmen bei 1 Enthaltung nahm der Grosse Rat dieses Postulat an

und überwies es zum Vollzug an den Staatsrat.

Staatsrat Schmidt (neo) antwortete am Mittwoch auf das

## «Selbstverständlich will und muss der Staatsrat Rechenschaft ablegen.»



Roberto Schmidt  
Staatsrat Kanton Wallis

Postulat wie folgt: «Wir im Staatsrat sind der Meinung, dass die operative Führung unserer Mitarbeitenden nicht Sache des Parlaments ist.» Und weiter: «Darum möchten wir nicht hier Rechenschaft ablegen müssen.»

Der letzte Satz lässt aufhorchen. Mitte-Fraktionschef Aron Pfammatter dazu: «Ein ganz gefährliches Votum.» Pfammatter spricht von «einem falschen Staatsverständnis». Das sei genau die Aufgabe, die der Staatsrat ausführen müsse: nämlich Rechenschaft vor dem Grossen Rat ablegen.

Die Rolle des Grossen Rats steht in der Walliser Verfassung geschrieben. Artikel 40 der Verfassung hält fest, dass der Grosse Rat die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Staatsrates besitzt.

Nachfrage bei Schmidt: «Es ist selbstverständlich, dass der Staatsrat vor dem Grossen Rat jederzeit Rechenschaft ablegen muss und auch will.» Seine

Aussage sei also im Kontext der Antwort zu verstehen, die der Staatsrat auf das Postulat gegeben habe.

Das Projekt «Effizienz+» solle nicht anders behandelt werden als alle anderen Tätigkeiten des Staatsrates und der Verwaltung, so Schmidt. Nach Ansicht des Staatsrates reiche es, wenn jedes Departement mehrmals pro Jahr Rechenschaft über die Tätigkeiten ablegt.

Im Zuge dessen können aber die eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen zur Effizienzsteigerung in den Dienststellen ebenfalls präsentiert werden.

Die Erstellung eines Berichts – wie von den Postulanten verlangt – würde aber eine Ausnahme bilden und sei nach Ansicht des Staatsrates nicht opportun, so Schmidt weiter. Und fügt hinzu: «Ein solcher spezifischer Bericht zum Projekt «Effizienz+» für die gesamte Verwaltung wäre sehr aufwendig und würde dem eigentlichen Ziel

der Effizienzsteigerung geradezu entgegenwirken.»

Sehen Pfammatter und die Mehrheit des Grossen Rats

## «Ein ganz gefährliches Votum.»



Aron Pfammatter  
Grossrat Kanton Wallis

natürlich anders. Ausser Linke stimmten alle Ja zum Postulat. Ein starkes Signal, findet Pfammatter: «Wir wollen die konkreten Resultate auf dem Tisch haben.» Damit könne der Grosse Rat sehen, ob den Worten der Staatsräte Taten folgen würden. Pfammatter: «Gerade angesichts dessen, dass in den nächsten Jahren Sparübungen folgen werden.»

Sieht auch Staatsrat Roberto Schmidt so. Aber nicht auf dem Weg, wie es eben die Parlamentarier möchten. Schmidt: «Wir sind der Meinung, dass dies auf dem ganz normalen Weg erfolgen sollte und wir nicht damit beginnen sollten, zu einem bestimmten Thema spezifische Berichte zu erstellen und dem Grossen Rat zu präsentieren.»

Über die Aufgaben und Rollenverteilung sind sich also alle eins – und dann irgendwie doch nicht. Klar ist nur, das letzte Wort, respektive Bericht, ist noch lange nicht geschrieben.